

Protokoll

über die
Sitzung des **Gemeindeentwicklungs- und Bauausschusses**
am 17.09.2020

in Ostrhauderfehn, **Saal der ehemaligen Gaststätte "Zur alten Schleuse", 1. Südwieke 120**

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Günter Harders

Stellv. Vorsitzende/r (Gruppe UWG/CDU)

Herr Günther Lüken

Mitglieder SPD

Herr Andreas Janssen

Mitglieder Gruppe UWG/CDU

Frau Tina Bents

Mitglieder GRÜNE

Herr Dieter Ertwiens-Buchwald

Beratendes Mitglied - Grundmandat

Herr Siegfried Tanculski

Beratendes Mitglied - SBO

Herr Wilfried Witt

Stellv. Mitglieder SPD

Frau Janneke Groote

Herr Bernd Revens

Vertretung für Frau Marlene Marks

Vertretung für Herrn Klaus Pleis

Protokollführer

Herr Joachim Feldkamp

Verwaltung

Herr Joachim Brink

Frau Lydia de Boer

Herr Lothar Kruse

Herr Guido Meyer

Frau Gerta Waden

Es fehlen:

Vorsitzende/r (Gruppe UWG/CDU)

Herr Siegfried Kruse

Stellv. Vorsitzende/r (Gruppe UWG/CDU)

Herr Johannes Bolland

Mitglieder SPD

Frau Marlene Marks

Herr Klaus Pleis

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

zu 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Stellv. Ausschussvorsitzender Lücken eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeindeentwicklungs- und Bauausschusses sind durch Ladung vom 4. September 2020 zur Sitzung einberufen worden.

zu 2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt festgestellt.

zu 3. Genehmigung des Protokolls der letzten Ausschusssitzung

Der Gemeindeentwicklungs- und Bauausschuss genehmigt einstimmig bei einer Stimmenthaltung das Protokoll der Sitzung am 17. Juni 2020.

zu 4. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde

Bürgermeister Harders berichtet, dass

- die Umbaupläne für die Grundschule Ostrhauderfehn in der Sitzung des Schulausschusses am 7.9.2020 vorgestellt wurden.
- die Arbeiten für die Sanierung der Reithambrücke in Langholt im Zeitplan liegen. In der kommenden Woche werden voraussichtlich die Asphaltierungsarbeiten durchgeführt.
- die Arbeiten für das Feuerwehrhaus Holterfehn voranschreiten. Das Richten des Daches wird voraussichtlich Ende Oktober erfolgen können.
- entlang der Hauptstraße Nordseite zurzeit die Versorgungsleitungen neu verlegt werden. Diese Arbeiten stehen nicht mit der Neugestaltung der Ortsdurchfahrt in Zusammenhang.

zu 5. Anfragen und Anregungen von Einwohnern zu den Tagesordnungspunkten

Ein Bürger erkundigt sich danach, wie oft im Rathaus die 30 Grad-Marke überschritten wird und welche Arbeitsschutz-Maßnahmen ergriffen werden.

Außerdem möchte er wissen, von wem bzw. nach welchen Richtlinien die technischen Unzulänglichkeiten im Rathaus festgestellt wurden.

Bürgermeister Harders erklärt, er werde diese Fragen unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt erörtern.

**zu 6. Festlegung eines Termins für die Auftaktveranstaltung der Arbeitsgruppe "Klimaschutz"
Vorlage: BV/116/2020**

In seiner Sitzung am 17.06.2020 hat der Rat einstimmig beschlossen, eine Arbeitsgruppe "Klimaschutz" einzurichten. Diese Arbeitsgruppe soll nach den Sommerferien erstmals zusammenkommen.

Von der Verwaltung werden die Termine 7. oder 8.10.2020, jeweils 17.00 Uhr, im Rathaussaal vorgeschlagen. Ausschussmitglied Ertwiens-Buchwald führt aus, dass sich auf den entsprechenden Bericht im General-Anzeiger 4 Personen bei ihm gemeldet hätten. Zudem habe er die Verwaltung gebeten, nachzusehen, welche Personen sich auf der Versammlung in der Grundschule Holtermoor für dieses Thema

eingetragen hätten. Eventuell könne ja der General-Anzeiger in seinem Bericht einbauen, dass die Personen, die sich für das Thema interessieren, bei der Gemeinde melden sollen. Er werde jetzt die ihm bekannten Personen kontaktieren und nachfragen, für welchen Termin sie sich entscheiden und dann der Verwaltung berichten.

Als Termin für die genannte Auftaktveranstaltung werden die Alternativtermine 7. bzw. 8. Oktober 2020 jeweils am 17 Uhr im Ratssaal mit Festlegung nach entsprechender Rücksprache des Antragstellers Ertwiens-Buchwald festgehalten.

zu 7. Umbau und Erweiterung des Rathauses **Vorlage: BV/120/2020**

Das in den 70er Jahren gebaute Rathaus wird den heutigen Anforderungen in vielerlei Hinsicht nicht mehr gerecht.

Die Flucht- und Rettungswege sind durch das innenliegende Treppenhaus nicht ausreichend gegeben, es fehlt ein zweiter Fluchtweg.

In vielen Bereichen fehlen Brandschutztüren, es gibt weder eine Brandmeldeanlage, eine Hausalarmierungsanlage, noch eine Notbeleuchtung. Aus Platzgründen stehen Kopierer in den Fluren, was wiederum eine hohe Brandlast darstellt.

Die Büros sind teilweise überbesetzt, was zum einen aus datenschutzrechtlicher Sicht ein Problem darstellt und zum anderen für Auszubildende und Praktikanten keinen Platz in den verschiedenen Ämtern bietet.

Zudem ist die Haustechnik für den heutigen Gebrauch nicht ausgelegt. Die Elektrotechnik ist überlastet, es gibt kein ausreichendes Telefon- und EDV-Netz mehr, die innenliegenden Räume sind nicht ausreichend belüftet und im Sommer steigt das Thermometer in den Büros auf bis zu über 30 Grad.

Die Tourist-Information und die Polizei wurden ebenfalls bei der Planung berücksichtigt, da das jetzige Gebäude Hauptstraße 115 abgängig ist.

Bürgermeister Harders geht auf die vom dem anwesenden Bürger aufgeworfene Frage nach der Anzahl der Tage, in denen es in den Büros über 30 Grad warm war ein, und erklärt, dass man da nicht mitgezählt habe. Es sei jedoch ein Wasserspender bereitgestellt, Außenjalousien seien vor etlichen Jahren installiert worden, außerdem sei die Kernarbeitszeit verschoben worden, so dass bereits morgens ab 6.00 Uhr gearbeitet werden könne damit die Mittagszeit ausgespart werden kann. Des Weiteren werde frisches Obst und Gemüse bereitgestellt.

Zur Überlastung der Telefonanlage teilt er mit, dass dieses von keiner Fachfirma geprüft wurde, sondern man dieses auch ohne Fachkenntnisse feststellen könne, wenn keine freien Fernspreleitungen zur Verfügung stehen, Rechner abstürzen etc. Die technische Ausstattung des Rathauses auf der Grundlage der 70er Jahre sei nicht mehr mit den Ansprüchen einer technischen Hochleistungsgesellschaft vereinbar. Dazu komme noch, dass in Zeiten des Homeoffice mit Einrichtung von VPN Tunneln sehr schnell die Leitungskapazitäten erreicht sind. Eine ordnungsgemäße Arbeit sei nicht mehr gewährleistet.

Bürgermeister Harders erläutert die neue Aufteilung der Geschosse des Rathauses anhand einer Planzeichnung und geht dabei auf die einzelnen Etagen ein, wobei er auch die Unterbringung von Polizei, Trauzimmer und Tourismus sowie die Inanspruchnahme des Ratssaales und der bisherigen Hausmeisterwohnung für Büros erwähnt. Die Sitzungen des Rates würden nach Fertigstellung des Vereinsheimes dort stattfinden. Das mache mehr Sinn, als einen Sitzungssaal am Rathaus anzubauen.

Bürgermeister Harders erklärt, dass durch die Umbauten im Rathaus ein zweiter Fluchtweg geschaffen wird. Weiterhin geht er auf die Aufnahme des Telefonnetzes durch die neue EDV-Anlage ein, die durch die Umstellung auf IP-Telefonie ermöglicht wird.

Grundmandatsinhaber Tanculski erkundigt sich danach, warum nicht alles beim alten gelassen werde, wenn durch den Wegfall der Posträume und die Inanspruchnahme dieses Bereiches brandschutztechnische Maßnahmen erforderlich werden.

Bürgermeister Harders bestätigt, dass erhebliche Maßnahmen an der Bausubstanz brandschutztechnische Maßnahmen erfordern. Andererseits sei es unpraktikabel, die Verwaltung zweigeteilt zu belassen. Er als Dienststellenleiter sei verantwortlich für den ordnungsgemäßen Brandschutz.

Herrn Tanculski wird anschließend auf seine Anfrage erläutert, dass das Rathaus in den 45 Jahren seines Bestehens nur einmal grundlegend saniert wurde.

Ausschussmitglied Ertwiens-Buchwald bittet um einen Kostenrahmen für dieses Projekt. Hierzu teilt der Bürgermeister mit, dass es zunächst nur eine Kostenschätzung auf der Grundlage des umbauten Raumes auf Basis von Erfahrungswerten gibt. Danach komme man auf einen Kostenrahmen von rund 3,1 Mio €; ohne den optionalen Neubau eines Sitzungssaales auf 2,3 Mio €.

Zu der angesprochenen Personalzunahme führt er aus, dass in verschiedenen Ämtern wie den Bauamt, dem Sozialamt und dem Meldeamt mehr Personal eingesetzt werden müsse. Zudem gebe es zunehmend Halbtagskräfte, die vormittags in Beschäftigung stehen, für die trotzdem aber ein voller Arbeitsplatz bereitgestellt werden muss.

Für Auszubildende und Praktikanten sei es schwierig, innerhalb der bestehenden Abteilungen und Ämter zu wechseln, ohne dass entsprechende freie Arbeitsplätze bereitgehalten werden.

Auf die Anregung des Grundmandatsinhabers Tanculski, Arbeitsplätze vermehrt in das sogenannte Homeoffice auszulagern erklärt Herr Meyer, dass Homeoffice immer nur ergänzend möglich sei. Viele Mitarbeiter hätten zahlreiche Kundenkontakte, die vom Homeoffice aus nicht bedient werden könnten.

Auch das Bauausschussmitglied Janssen unterstützt die Verlagerung von Arbeitsplätze in das Homeoffice. Er fragt an, warum die Polizei mit ins Rathaus geholt werden muss. Ohne diese Eingliederung könnte man die Verteilung der Rathausräume ganz anders gestalten.

Bürgermeister Harders führt aus, dass auch in anderen Gemeinden die Polizei mit im Rathaus untergebracht sei. Man sollte der Polizei die Möglichkeit bieten, die Station mit einer zweiten Person zu besetzen.

Zum Homeoffice teilt er mit, dass es auch für Arbeitsplätze im Homeoffice arbeitsrechtliche Vorschriften gibt, so seien diese Plätze mit allem Nötigen auszustatten.

Ausschussmitglied Revens erkundigt sich nach dem Zeitraum der Umsetzung der Planungen. Dieses, so der Bürgermeister, sei abhängig davon, wie sich die Politik zu den Plänen stellt. Es könnte und müsse möglichst schnell über die Bühne gehen.

Ausschussmitglied Groote fragt an, ob es Alternativen zur Aufnahme der Polizei gibt. Auch spricht sie die Möglichkeit an, die Touristik auszulagern. Gegebenenfalls würde eine Ansiedlung an anderer Stelle Sinn machen. Sie erkundigt sich auch nach der Möglichkeit, Zuschüsse vom Land einzuwerben, wenn Räume für die Polizei geschaffen werden.

Bürgermeister Harders erklärt, dass es voraussichtlich zwar keine Zuschüsse vom Land geben werde, es mache aber Sinn, die Touristik in der Nähe des Reisemobilstellplatzes anzusiedeln. Andererseits sei das Gebäude in dem zurzeit das Küchenstudio betrieben wird zu groß für zwei Mitarbeiter.

Grundmandatsinhaber Tanculski fragt rhetorisch an, ob, egal, was die Ausschussmitglieder vorschlagen, es ohnehin nur nach dem Willen des Bürgermeisters gehe?

Die vom Bürgermeister vorgestellten Planungen und Überlegungen zur Sanierung des Rathauses werden von den Mitgliedern des Gemeindeentwicklungs- und Bauausschusses zur Kenntnis genommen.

**zu 8. Antrag auf ersatzlose Streichung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen der Gemeinde Ostrhauderfehn -Antrag des Einzelratsmitgliedes Siegfried Tanculski vom 27.07.2020-
Vorlage: AN/010/2020**

Das Einzelratsmitglied Siegfried Tanculski stellte am 27.07.2020 einen Antrag auf ersatzlose Streichung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen der Gemeinde Ostrhauderfehn.

Der Antrag war der Einladung zu dieser Sitzung als Anlage beigelegt.

Grundmandatsinhaber Tanculski erkundigt sich, bevor er seinen Antrag vorliest, danach, ob es ein "Straßenzustandskataster" gibt und wie viele Straßen in der Gemeinde Ostrhauderfehn marode sind.

Bauamtsleiter Meyer erläutert, dass die Sachlage sehr unterschiedlich und abhängig von der Bauart der einzelnen Straßen zu bewerten ist. Er führt aus, dass die Gemeinde sich gegen eine Straßenzustandsbewertung ausgesprochen habe und jetzt jährlich Straßen nach Bedarf saniert.

Anschließend bringt Grundmandatsinhaber Tanculski die Hauptstraße-Nord ins Gespräch. Davon habe er Fotos von dem Unterbau und beschreibt daraus folgernd den Zustand und den Aufbau der Hauptstraße-Nordseite. Er schlägt vor, die Hauptstraße-Nordseite genauso wie die Jammertalstraße zu sanieren.

Bürgermeister Harders führt aus, dass die gesamte Gemeinde Ostrhauderfehn auf Torf gebaut sei. Irgendwann seien dann Straßen gebaut worden. Torf habe die Eigenschaft, bei Trockenheit zusammen zu fallen und auch bei ausreichender Feuchtigkeit nicht wieder aufzuschwemmen. Man hätte im Bereich der Hauptstraße tiefer gehen sollen als 60 cm Füllsand, denn dann kommt Torf und Torf ist nicht tragfähig. Er vergleicht den Zustand mit der L21 im Bereich kurz vor Stickhausen, dort habe man eine Schicht abgefräst und wieder aufgebracht und habe jetzt nur einige Jahre später wieder die gleichen Dellen in der Fahrbahn wie vorher.

Herr Tanculski liest seinen Antrag vor und beantragt die ersatzlose Streichung der Straßenausbaubeiträge in Ostrhauderfehn und verweist auf Alternativfinanzierungen.

Bürgermeister Harders erläutert, dass in den entsprechenden Gremien gesagt wurde, dass man sich aktuell nicht mehr mit dem genannten Thema beschäftigen wolle. Dieses sei nun schon der dritte Antrag in dieser Legislaturperiode, der auf die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen abzielt. Die Gemeinde erhebt zur Finanzierung des Straßenausbaues schon immer Beiträge und es sei noch nie eine Existenz dadurch bedroht worden, weil die Gemeinde diese erhob. Herr Harders erläutert in diesem Zusammenhang die vielfältigen Möglichkeiten der Zahlungserleichterungen bis hin zur Grundbucheintragung als Sicherungshypothek. Die Aussage, dass Bundes- Landes- und Kreisstraßen von der Straßenbaubeitragspflicht frei sind stimme nur bedingt, da auch hier für Nebenanlagen entsprechende Beiträge erhoben werden. Außerdem nähmen diese Straßen den überörtlichen Verkehr auf und die Anlieger müssten ganz andere Belastungen ertragen als Menschen, die in Siedlungen wohnen.

Bürgermeister Harders verweist auf ein aktuelles Urteil gegen die Stadt Laatzen, wonach es der Stadt nicht erlaubt wurde, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten, da sie das finanziell nicht leisten kann. Eine Stadt, deren Haushalt sich (auch) aus Krediten finanziert, darf dem zitierten Urteil zufolge den genannten Verzicht auf Straßenausbaubeiträge nicht beschließen. Seine Pflicht wäre es,

würde der Rat einen entsprechenden Verzicht beschließen, sein Veto einzulegen.

Ausschussmitglied Ertwiens-Buchwald hätte sich zu diesem wichtigen Thema, dass die Bürger interessiert, eine andere, eine sachliche Diskussion gewünscht.

Die soeben vernommenen Wortgefechte möchte er so nicht. Man habe in den Gremien Beschlüsse gefasst, und Fachleute eingeladen. Er weist darauf hin, dass es Kommunen gibt, die die Straßenausbaubeiträge über die Grundsteuern abrechnen. Hier nennt er die Stadt Buxtehude, die ihren Hebesatz von 385 auf 415 v.H. angehoben hat. Für den Bürger bedeutet das 20 – 40 € pro Jahr. Solches hätte er gerne sachlich diskutiert. Er würde das Thema gerne mal wieder aufgreifen, aber in sachlicher Diskussion.

Bürgermeister Harders teilt mit, er habe sachlich berichtet, bewusst aber keine Hochrechnungen gemacht. Bereits zwei Mal habe man hierüber öffentlich diskutiert und Zahlen genannt. Mit einer Anhebung von 30 Prozentpunkten komme man aber keinesfalls hin. Zudem müssten Mehreinnahmen an Steuern z. T. über die Kreisumlage an den Kreis abgeführt werden. Er ist der Auffassung, man sollte das Thema nicht jedes Jahr aufs Neue diskutieren. Es bleibe bei den gleichen Zahlen.

Auch Ausschussmitglied Groote ist der Auffassung, dass man das Thema mit weniger persönlichen Angriffen hätte diskutieren müssen, sachlich und gerne auch mehrfach unter Darlegung der Argumente. Wenn es andere Finanzierungsmöglichkeiten gibt, sollten diese auch gerne erneut diskutiert werden. Momentan sehe es aber nicht so aus und so sollte man das Thema nicht ohne neue Argumente erneut aufwärmen. Sie ist sehr an alternativen Finanzierungsmodellen für den Straßenausbau interessiert.

Grundmandatsinhaber Tanculski liest aus dem Handbuch für Kommunalpolitiker bezüglich der Informationspflicht des Bürgermeisters gegenüber den Ratsmitgliedern vor, worauf der Bürgermeister ihm anbietet, soweit vorhanden mehr und weitere Informationen geben zu wollen.

Ausschussmitglied Revens führt aus, dass der Haushaltsansatz von 200 T€ für Straßensanierungen in diesem Jahr auf 100 T€ herabgesetzt worden sei. Man werde sehen, wie weit man damit kommt. An der Middendorfstraße sei nur in einem Teilbereich etwas gemacht worden. Die Hauptstraße Nordseite sei dreimal als Baustellenzufahrt genutzt worden, das habe die Straße stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Anlieger hätten sich bei der Gestaltungsdiskussion nicht einbringen können. Außerdem habe das alles mit den Ausbaubeiträgen zu tun.

Bürgermeister Harders geht auf die zahlreichen unterschiedlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Ortsdurchfahrt ein. Gegebenenfalls führe ein Gestaltungsvorschlag dann zu einem beitragspflichtigen Ausbau. Man sei augenblicklich noch in der Phase der Planung, was zu früh sei, um überhaupt irgendeine Aussage dazu zu machen, ob und wenn ja, in welcher Höhe Straßenausbaubeiträge anfallen werden.

Ausschussmitglied Ertwiens-Buchwald missbilligt erneut, dass die Antragstellung zu einem persönlichen Disput führte. Er habe sich Argumente seitens des Antragstellers gewünscht, wie sein Antrag umgesetzt werden kann.

Die ersatzlose Streichung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen der Gemeinde Ostrhauderfehn wird ohne Ja-Stimmen bei vier Stimmenthaltungen mit 2 Nein-Stimmen abgelehnt.

**zu 9. Bericht der Verwaltung zu den Beschlüssen des VA -Antrag des Einzelratsmitgliedes Siegfried Tanculski vom 03.09.2020-
Vorlage: BV/117/2020**

Einzelratsmitglied Siegfried Tanculski reichte mit Schreiben vom 03.09.2020 folgenden Antrag für die Sitzung des Gemeindeentwicklungs- und Bauausschusses am 17.09.2020 ein: "Bericht der Verwaltung zu den Beschlüssen des VA."

Der Antrag war der Einladung zur Sitzung als Anlage beigelegt.

Herr Tanculski erkundigt sich danach, ob das Ergebnis der am 17.02.2018 vom VA beschlossenen Bestandsaufnahme der Bebauung Hauptstraße Nord und Süd durch ein Ingenieurbüro und des daraus zu entwickelnden Bebauungs- und Gestaltungskonzeptes in das Entwicklungskonzept aufgegangen ist.

Die Anfrage des Ratsmitgliedes Tanculski wird von ihm nach der Eröffnung des Tagesordnungspunktes ohne Angabe von Gründen zurückgezogen.

zu 10. Anfragen und Anregungen von Einwohnern zu den Tagesordnungspunkten

Ein anwesender Bürger erklärt, dass er die Pläne für den Umbau des Rathauses befürwortet.

Ein anderer Bürger vermisst die einem Zeitungsbericht zufolge von ihm erwartete Erklärung des Bürgermeisters gegenüber der Politik bezüglich der Firmen aldi und Combi.

Eine Anwohnerin der Hauptstraße-Nordseite schlägt statt einer umfangreichen Planung eine einfache Sanierung der Straße an der Nordseite der Hauptstraße.

Hierzu erklärt der Bürgermeister, dass es der Wunsch der Bürger im Rahmen des Gemeindeentwicklungskonzeptes war, die Ortsmitte neu zu gestalten, wozu auch die Oberflächenentwässerung gehört.

Auf die Nachfrage der betreffenden Bürgerin, dass ein schöneres Ortsbild der gesamten Gemeinde diene und man diese nicht die Anlieger bezahlen lassen könne, und alle Anlieger einzeln hätten angesprochen werden müssen, erläutert der Bürgermeister, dass es einen Gemeindeanteil und einen Bürgeranteil gebe. Im Übrigen hätten sich keine Anlieger der Hauptstraße an der Arbeit in den Arbeitsgruppen beteiligt. Dabei hätten alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit gehabt, sich einzubringen. Die Priorisierung der Ortsmitte hätte sich aus einem Prozess der Meinungsbildung ergeben. Die Verwaltung arbeite sehr transparent und wenn die Pläne vorliegen, würden auch die Kosten genannt. Zu gegebener Zeit werde man das auch bei der Hauptstraße Nordseite so machen. Momentan sei alles noch Idee und keine genaue Richtung sei vorgegeben. Auf der Ratssitzung in der kommenden Woche werde man den Beschluss für eine Fortsetzung der Planungen fassen. Das habe man immer so gemacht und so werde es auch weiter gemacht werden.

Einer Bürgerin teilt mit, alle Baumaßnahmen seien über die Fahrbahn der Hauptstraße Nordseite durchgeführt worden. Die Straße sei abgängig und Schüler könnten stürzen. Eine Sanierung sei schon mehrfach erfolgt und bedeute nur Flickschusterei.

Herr Meyer ergänzt, dass man sich mit dem Wasserversorgungsverband verständigt habe, einen Meter der Teerstraße abzuschneiden und neu anzupflastern.

Eine Bürgerin führt aus, der gesamte Schülerverkehr gehe über die Nordseite. Wenn die Arbeitsgruppen möchten, dass das Ortsbild schöner werden sollte, so sollte doch auch die gesamte Gemeinde diese Kosten übernehmen. Sie bittet um Verständnis für die Sorgen der Bürger um die Kosten des Projektes.

Bürgermeister Harders teilt mit, auch die Verwaltung habe keinen Plan, wie ein Ausbau der Ortsdurchfahrt aussehen könnte. Er könne noch nichts sagen, was es kosten wird. Keine Pläne – keine Kosten – keine Ermittlung der von den Anliegern zu tragenden Beiträge.

Von einer anderen Anliegerin wird gefragt, wie lange es dauern wird, bis die Verwaltung genaueres sagen kann?

Hierzu teilt der Bürgermeister mit, dass das Gemeindeentwicklungskonzept im Juni 2020 auf den Weg gebracht worden ist. Etliche Punkte seien darin festgehalten. Die Neugestaltung der Ortsdurchfahrt werde nun zeitnah durch entsprechenden Beschluss in der Ratssitzung am 24.9.2020 forciert. Hierzu nun erneut eine Bürgerbeteiligung durchzuführen würde die ganze Sache noch mehr verzögern. Solange keine weiteren Ergebnisse vorliegen, halte die Gemeinde die Verkehrssicherheit für die Nordseite der

Hauptstraße aufrecht. Der Ratsbeschluss über den Ausbau wird dann zu gegebener Zeit gefasst, einen genauen Termin könne er aber noch nicht sagen.

.....
Günter Harders
Bürgermeister

.....
Günther Lüken
Stellv. Ausschussvorsitzender

.....
Joachim Feldkamp
Protokollführer